



Wie kommen wir solidarisch aus der Krise?

ZUSAMMENFASSUNG | 08.02.2022

Potsdam & Online-Talk der FES-Brandenburg

Soziale und finanzielle Ungleichheit gibt es nicht erst seit der Corona-Pandemie, jedoch hat die Pandemie diese wie unter einem Brennglas verschärft. Die Armut in Deutschland wächst und gleichzeitig sind die reichsten Menschen in Deutschland auch in der Pandemie reicher geworden. Transformationsprozesse der Digitalisierung und der Wandel hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft sorgen bei vielen Menschen für Unsicherheit und Ängste und bei wenigen anderen für Profit. Der Wandel zu einer nachhaltigen Energieversorgung sorgt in

vielen Haushalten für existenzielle Sorgen, ob die Stromrechnungen oder gar die Mieten zahlbar bleiben. Diese Zeit des Wandels bringt Fragen mit sich, wie progressive Wirtschaftspolitik gestaltet werden kann, sodass alle davon profitieren. Wie können wir solidarisch das Wirtschaftssystem gestalten und dabei zur Stärkung unserer Demokratie beitragen? Wie kann eine sozialökologische Marktwirtschaft zu einer Grundlage werden, um nachhaltigen Wohlstand zu sichern?

Diese und weitere Fragen wurden diskutiert von Vertreter*innen von Wissenschaft, Gewerkschaft und Politik im Rahmen eines Online-Talks des Landesbüro Brandenburg der Friedrich-Ebert-Stiftung am **08.02.2022**. **Annika Krempel**, freie Journalistin, moderierte eine Diskussionsrunde mit **Gustav A. Horn**, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Duisburg-Essen, Leiter des Wirtschaftspolitischen Beirats im SPD-Vorstand und Kommunalpolitiker in Brandenburg, **Sabrina Klaus-Schelleter**, Leiterin der Abteilung Wirtschafts-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik beim DGB, Bezirk Berlin/Brandenburg und **Helmut**

Barthel, MdL, Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaft, Arbeit, Energie, Infrastruktur, Landesentwicklung und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Brandenburg. Die Teilnehmenden der Veranstaltung konnten ihre Fragen an die Referent*innen stellen und lebendig mitdiskutieren.

Die Pandemie stellt uns von Beginn an vor große Herausforderungen. Die gesellschaftspolitischen Appelle für ein solidarisches Handeln in dieser Krise wurden lauter und das gemeinsame solidarische Handeln nahm im Laufe der nun seit zwei Jahren anhaltenden Pandemie ver-

verzichten; die Geduld, Einschränkungen hinzunehmen, um die Schwächsten in unserer Gesellschaft zu schützen; Schüler*innen und Studierende, die ihre Bildung von jetzt auf gleich komplett umstrukturieren mussten, und Unternehmer*innen, die ihre Geschäfte auf unbestimmte Zeit schlossen. Vorhandene Missstände, wie die soziale Ungleichheit, gesellschaftliche Isolation oder Existenzsorgen von Geringverdiener*innen nehmen zu. Sorgen bereiten den Bürger*innen, die zukünftige Arbeitsplatzsicherheit sowie mögliche sinkende Einkommen bzw. eine weiter steigende Inflation.

Die Politik hat in dieser unsicheren Zeit viele verschiedene Formen von Unterstützungsleistungen angeboten, um insbesondere die Wirtschaft in Deutschland zu schützen. Insgesamt investierte die Bundesregierung rund 130 Milliarden Euro in pandemiebedingte [Sonderprogramme](#) wie Kurzarbeitergeld, Sofort-Hilfen für kleine Unternehmen und Solo-Selbständige, Überbrückungshilfen und Neustarthilfen. Und diese Maßnahmen haben gewirkt: Deutschlands Wirtschaft ist nicht eingebrochen wie in vielen anderen Staaten, die Arbeitslosenquote blieb niedrig und Schätzungen zufolge wurden mit der Kurzarbeit bis zu 2 Millionen Jobs gerettet. Diese Maßnahmen haben aber den Staatshaushalt enorm belastet: So stieg die Staatsverschuldung in dieser Zeit um etwa 10 Prozent des BIPs. Natürlich stellt sich die Frage: wer kommt auf für diese Schulden?

Gustav A. Horn erklärt in der Online Veranstaltung, dass diese Schulden grundsätzlich von Steuerzahler*innen bezahlt werden müssen, durch z.B. Einnahmen von Einkommenssteuern, Gewerbesteuern und Mehrwertsteuern. Der Tilgungsplan der Regierung, mit dem die Schulden zurückgezahlt werden sollen, greift ab 2024. Was erst einmal nach bedrohlich hohen Schulden und Tilgungsbeiträgen klingt, stellt Professor Horn jedoch in den richtigen Zusammenhang: „Diese Schulden, die gemacht wurden, waren der Preis dafür, dass wir ökonomisch sehr gut durch die schlimmste Zeit der Krise gekommen sind“. Das heißt deutsche Unternehmen sind nicht der Reihe nach insolvent gegangen und Millionen von Menschen haben ihre Arbeit nicht verloren. Gefragt nach der Solidarität in der Rückzahlung dieser Schulden, kann sich Professor Horn vorstellen, staatliche Einnahmen zu erhöhen, durch eine reformierte Erbschaftsteuer, eine Vermögenssteuer und insbesondere durch eine Finanztransaktionssteuer, um alle Gruppen der Gesellschaft gleichermaßen an dieser Aufgabe zu beteiligen.

„Doch auch wenn es erstmal gut aussieht, ist es nicht gut für alle auf dem Arbeitsmarkt“, stellt die [DGB](#)-Vertreterin **Sabrina Klaus-Schelleter** fest. Sie spricht von einer Erhöhung der Zahl von Langzeitarbeitslo-

sen, verschlechterte Chancen für Hilfskräfte oder über 55-Jährige bei einem Wiedereintreten in den Arbeitsmarkt und teils massiven Rückständen von Kindern und Jugendlichen im Bildungsbereich. Dazu kommen die bereits vor der Pandemie schlechten Arbeitsbedingungen in den Kliniken und die Schwierigkeiten Familie und Beruf zu vereinbaren. Zusätzlich zu diesen Herausforderungen, die die Coronapandemie zur Folge hat, steht unsere Wirtschaft vor einem doppelten Transformationsprozess: der Digitalisierung und der Umstellung auf umweltverträgliche und nachhaltige Produktionsweisen, die Ungewissheiten für den Arbeitsmarkt verursachen.

Um diesen Herausforderungen entgegenzutreten, fordert Sabrina Klaus-Schelleter das Prinzip der Guten Arbeit. Arbeit muss angemessen entlohnt und in gerechten Arbeitsbedingungen stattfinden. Qualitative Probleme der Beschäftigungsstruktur, wie übermäßige Befristung von Neueinstellungen, Missbrauchspotential bei Leiharbeit und insbesondere in Brandenburg besorgniserregende hohe Zahl der Niedriglöhner*innen, müssen so gut es geht behoben werden. Diverse Ansätze gibt es um dieses Prinzip der Guten Arbeit näherzukommen. So muss die Gestaltung des Transformationsprozesses und der Weg aus der Krise solidarisch und beteiligungsorientiert gestaltet werden. Das heißt, es muss die Teilhabe der Arbeitnehmer*innen an diesen Vorgängen gesichert werden. Unter anderem muss der Grundsatz des „öffentlichen Geldes nur für Gute Arbeit“ durchgesetzt werden, indem öffentliche Aufträge nur an Auftragnehmer*innen gehen dürfen, die ihren Beschäftigten auch tarifliche Löhne zahlen (Stichwort: Einführung der Tariftreue im Brandenburger Vergabegesetz). Und es müssen Strukturen so geschaffen werden, dass es mehr Möglichkeiten für soziale Aufstiegsmobilität gibt und um den Stuserhalt im Wandel zu garantieren. Erreicht werden kann dies insbesondere durch eine neue Arbeits- und Fachkräftestrategie, die auf Aus- und Weiterbildung ausgerichtet ist. Alle diese Maßnahmen dürfen nicht am Berliner Speckgürtel aufhören, betont Klaus-Schelleter, denn insbesondere die Regionen am Rande Brandenburg stehen vor den größten Herausforderungen.

Genau eine solche Fachkräftestrategie will die Landesregierung im Sommer dieses Jahr vorstellen, merkt der Landtagsabgeordnete **Helmut Barthel**, an. Sie soll den Verlust junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt verringern, mehr Auszubildende in das Handwerk bringen und dafür sorgen, dass Unternehmen angemessene Entlohnung für Fachkräfte und Auszubildende zahlen. Zusätzlich soll im Sommer auch eine Gründungsstrategie vorgelegt werden. Diese soll Eigeninitiative belohnen, sodass „gute Ideen tatsächlich in Geschäftsmodelle umgesetzt werden können“, insbesondere im High-Tech-Bereich.

Dieser entwickelt sich in Brandenburg derzeit zu einem wettbewerbsfähigen Wirtschaftsbereich, mit Investitionen in Zukunftstechnologien, wie beispielsweise der Batterietechnik. Doch auch in anderen Bereichen muss die brandenburgische Wirtschaft kompetitive Strukturen schaffen, um auch in Zukunft resilient gegenüber neuen Krisen zu sein. Zum Thema Resilienz der Wirtschaft fügte **Professor Horn** hinzu, dass dafür zusätzliche Ressourcen notwendig seien, die im „Normalbetrieb“ der Wirtschaft nicht gebraucht würden. Besonders im Bereich des Gesundheitssystems sei dies nicht nur eine Frage der Resilienz, sondern auch der Gerechtigkeit.

In der Diskussion mit den Teilnehmenden, moderiert von **Annika Krempel**, wurde schnell klar, dass das Thema Digitalisierung nicht nur eine große Rolle im derzeitigen wirtschaftlichen Wandel darstellt, sondern auch ein Grundbaustein für die Fragen der Solidarität ist. Die Lücken in der Digitalisierung in Schulen und die Unterschiede in den Möglichkeiten von Schüler*innen auch effektiv am Online Unterricht teilzunehmen, haben die

Disparitäten für Schüler*innen in der Coronakrise ganz besonders gezeigt. Um solidarisch gestärkt aus dieser Krise zu kommen, müssen nicht nur die bürokratischen Hürden des Digitalpakts abgebaut werden, sondern es muss auch einen Sinneswandel bei der digitalen Infrastruktur geben. **Helmut Barthel** forderte, dass die Förderung der digitalen Infrastruktur nicht mehr nur zum Schließen der Wirtschaftslücken, sondern als Teil der Daseinsvorsorge gedacht werden muss. Sonst würden jegliche Programme der Landes- und Bundesregierung den neuesten technischen Entwicklungen hinterherhinken.

Wie kann das Gemeinwohl in der nächsten Krise besser berücksichtigt werden? Auf diese Frage des Publikums antworteten die Referent*innen einmütig, dass die Situation benachteiligter gesellschaftlicher Gruppen besonders zu beachten sei. Die vielen Probleme, die einer solidarischen Wirtschaftspolitik im Wege stehen, sind allen Teilnehmenden nach 90 Minuten bewusst. Sie nehmen gleichzeitig eine Reihe von Lösungsansätzen mit.

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN:

Friedrich-Ebert-Stiftung • Landesbüro Brandenburg
Hermann-Elflein-Str. 30/31 • 14467 Potsdam

AUTORIN:

Kim Graves
freie Autorin

REDAKTION:

Anne Seyffert
Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Brandenburg

GESTALTUNG & SATZ:

Julia Heilck

COPYRIGHT 2022 Friedrich-Ebert-Stiftung

Potsdam@fes.de

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

**Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.,
Landesbüro Brandenburg**

Hermann-Elflein-Str. 30/31 | 14467 Potsdam
Tel. (0331) 29 25 55

Web. www.fes.de/landesbuero-brandenburg



/FES.Brandenburg